



Diezener Zeitung

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Preis der Einzelgenossenschaft

Einzelhefte 10 Pf.
oder deren Raum 25 Pf.
Kleinanzeigen 75 Pf.

Ausgabestelle:

Diez, Rosenstraße 36.

Grenzacher Nr. 17.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Lange.

Bezugspreis:

Einzelhefte 10 Pf.

oder deren Raum 25 Pf.

Kleinanzeigen 75 Pf.

Er erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer, Diez.

Nr. 1

Diez, Donnerstag den 2. Januar 1919.

25. Jahrgang

Aufruf der neuen Regierung.

Diez, 29. Dez. Die Reichsregierung er-
läßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:
Arbeiter, Soldaten, Bürger, Bürgerinnen!

Die Unabhängigen sind aus der Regierung ausge-
schieden. Die verbleibenden Mitglieder des Kabinetts haben
dem Zentralrat ihre Mandate zur Verfügung gestellt, um
ihm vollkommen freie Hand zu lassen. Einmütig sind
sie von ihm aufs neue beauftragt worden. Die lähmende
Zweifelhaftheit ist überwunden. Die Reichsregierung ist neu
und einheitlich gebildet. Sie kennt nur ein Gesetz, das
Handels. Ueber jede Partei das Wohl, der Bestand, die
Antriebskraft der deutschen Republik. Zwei Mitglieder der
sozialdemokratischen Partei sind auf einstimmigen Beschluß
des Zentralrates an Stelle der ausgeschiedenen drei Un-
abhängigen getreten. Noske und Wissel. Alle Mit-
glieder des Kabinetts sind gleichberechtigt. Vorsitzende sind
Ebert und Scheidemann. Und nun an die Arbeit.
Im Innern gilt es, die Nationalversammlung vorzubereiten
und ihre ungestörte Tagung sicherzustellen, für die
Ernährung ernstlich Sorge zu tragen, die Sozialisierung
im Sinne des Rätekongresses in die Hand zu nehmen, die
Kriegsgewinne in schärfster Form zu erfassen, Arbeit
zu schaffen und Arbeitslose zu unterstützen, die Hint-
erbliebenen für die Zukunft auszubauen, die Volkswirtschaft
mit allen Mitteln zu fördern und die Entwaffnung Unbe-
waffneter durchzuführen, nach außen den Frieden so schnell
und so günstig wie möglich herbeizuführen und die
Verrückung der deutschen Republik im Ausland
mit neuen von neuem Geiste erfüllten Männern zu befehlen,
das ist in großen Zügen unser Programm bis zur National-
versammlung. In enger Fühlung mit den deutschen Trä-
gern soll es verwirklicht werden. Seine Ausführung im
einzelnen wird nicht in Kundgebungen, sondern in Taten
zum Ausdruck kommen. Jetzt haben wir Arbeitsmöglichkeit.
Es wäre unsere Schuld allein, wenn wir sie nicht zur
Arbeit bringen. Aus die Arbeit, Euch allen aber die
Mitarbeit. Der neue Freistaat ist unser aller Besitz. Beist
ihm sichern. Auch an Euch ist die Frage des Zent-
rates gerichtet: Sied Ihr bereit, die öffentliche
Sicherheit gegen gewalttätige Eingriffe zu schützen und
mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Arbeitsmöglich-
keit der Regierung gegen Gewalttätigkeiten, ganz
gleich, von welcher Seite, zu gewährleisten? Ihr müßt
diese Frage mit Ja beantworten. Die Reichsregierung
bezieht sich ohne Einschränkung auf dieses Ja. Ohne dieses
Ja bleibt jedes Programm Papier und Worte. Wir aber
wollen über den Aufruf zum Aufbau. Wir gehen an
Euch, wir glauben an Euch und an uns.

Berlin, den 29. Dezember 1918.

Die Reichsregierung: Ebert, Scheidemann, Landsberg,
Noske, Wissel.

Die Drohung der Unabhängigen gegen die neue Regierung.

Diez, 29. Dez. Von den aus dem Rat der
Volksbeauftragten ausgeschiedenen Mitgliedern der Un-
abhängigen Sozialdemokratischen Partei wird dem Volk-
für eine Darstellung zur Verfügung gestellt, in der es
heißt:

Die Unabhängigen fanden kurz vorher vor der
Frage, ob sie allein die Regierung übernehmen wollten.
Tage waren sie nur in der Lage gewesen, wenn sie sich auf
einen Zentralrat stützen konnten. Der ihre Anstän-
digen in allen wesentlichen politischen Fragen teilte, denn
jeder Regierung fehlt die Existenzgrundlage, wenn die Ge-
walt, von der sie selbst ihre Macht herleitet, die sie jederzeit
überwachen kann, in den Grundanschauungen anders
denkt als sie selbst. Die weitere Entwicklung der
inneren und äußeren Politik wird die vorhandenen Schwierig-
keiten für die neue Regierung sicherlich vermehren. Nicht
sie sich dazu verhalten, die Rolle, den „Rosen Mann“
zu spielen, die sie so unglücklich begonnen hat, weiter
fortzuführen, so wird das zu Kämpfen mit unüber-
sehbaren Folgen innerhalb des Volkes führen.
Die Unabhängigen sind aus der Regierung mit dem Be-
wußtsein ausgeschieden, daß sie nach dem allgemeinen Zu-
sammenbruch unter den denkbar schwierigsten Umständen in
die Regierung eintraten, jederzeit bestrebt, die Revolution
zu sichern und zu fördern. Sie mußten aber ausfinden
in dem Augenblick, wo sie nicht mehr in der Lage waren,
die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Mehr-
heitssozialisten zu verhindern.

Söbe lehnt ab.

Diez, 29. Dez. Der in die Regierung neu-
gewählte Stadtverordnete Söbe hat der Regierung in Be-
zug folgendes mitgeteilt: Ich habe dem Zentralrat in Berlin
gebeten, von meiner Berufung Abstand zu nehmen. Als Nicht-
parlamentarier, der ich weder dem Reichstag noch dem Landtag
angehöre, habe, und als Parteigenosse, der den Berliner poli-
tischen Beschäftigten fernsteht, würde ich meinen Kollegen in
der Regierung nicht diejenige Stütze sein können, die sie
von mir erwarten mußten und die ich sein wollte. Ich ziehe
es deshalb vor, in meinem bisherigen Tätigkeitsfeld zu blei-
ben.

den die Erregungenschaften der sozialen Revolution sichern
zu helfen.

Das neue Kabinett.

Berlin, 30. Dez. Das neue Kabinett hat seine
Wirkungskreise jetzt verteilt: Ebert, Inneres, Schei-
demann, Außenw. Noske, Heer und Marine, Dr. Land-
berg, Finanzen, und Wissel, Sozialpolitik. Daneben
bleibt die Zuständigkeit der einzelnen Ressorts bestehen.
Eine Erweiterung des Rates der fünf dürfte nur dann
eintreten, wenn der Zentralrat es wünscht. Heute um 12
Uhr begann eine Kabinettsitzung, in der die Reichsregierung
in die Beratung von Einzelträgen eintrat, nachdem sie bis-
her sich mit der programmatischen Festlegung der Gesamt-
politik beschäftigt hatte. Der Zentralrat wird sich in der
nächsten Zeit mit der bisherigen und künftigen Tätigkeit
der preussischen Regierung beschäftigen. Graf Otto Bro-
dorff-Ramkau ist gestern aus Kopenhagen zurückge-
kehrt und wird neben dem Auswärtigen Amt auch das
Kolonialamt als Staatssekretär übernehmen.

Eine wichtige Konferenz.

London, 27. Dez. Das Reutersche Bureau ist er-
mächtigt zu erklären, daß die Konferenzen mit dem
Präsidenten Wilson im Buckinghampalast und in
der Downing Street für beide Teile sehr befriedi-
gend waren. Die Konferenzen waren auf den Präsidenten
Wilson, den Premierminister Lloyd George und Bassor
beschränkt und dauerten zusammen 5 Stunden. Sie schlossen
um 5.30 Uhr nachmittags. Am Abend wurde dem Reuters-
schen Büro mitgeteilt, daß nicht die Absicht bestehe, ein
Kommunique an die Presse auszugeben. Es wurde aber
erklärt, daß die Besprechungen sich über ein sehr weites
Gebiet erstreckten und daß auch die 14 Punkte Wilsons
erörtert wurden. Der Meinungsaustrausch war ganz un-
formell und hatte den Charakter einer offenen persönlichen
Aussprache. Diese denkwürdige Unterredung werde von weit-
reichenden Folgen sein. Alle Staatsmänner, die daran teil-
nahmen, standen sehr unter dem Eindruck der Aufrichtig-
keit und der prächtigen Stimmung (splendid spirit), mit
der die Unterredung geführt wurde und sie sprachen sich
alle zum Schluß der Konferenzen über das Ergebnis der
Arbeit dieses Tages sehr befriedigt aus. Ein Staats-
mann sagte: Sie können ruhig sagen, daß keine ernstern
Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren.

Die Lebensmittelversorgung.

Diez, 29. Dez. Reuters. Das neue Wochen-
blatt Sunday Press erzählt, daß Wilson den Alliierten einen
Plan zur Bekämpfung der Hungersnot in den Städten der
Mittelmächte und bei den betroffenen Völkern vorgelegt hat,
der von seinen Beratern, vor allem Hoover, entworfen wurde.
Es lautet, daß Maßnahmen zur sofortigen Erneuerung eines
Generaldirektors für die Lebensmittelversorgung getroffen
werden, der der internationalen Lebensmittelkommission zur
Seite stehen soll.

Die Frage des Schadenersatzes.

Aus dem Haag, 30. Dez. Reuters. Ein
Artikel, der man jetzt, nachdem die Wahlen vorüber
sind, über die Frage des von Deutschland zu leistenden
Schadenersatzes ruhiger denkt. Das Blatt erklärt dies haupt-
sächlich aus Willens Unwissenheit. Es sei nie ernsthaft davon
die Rede gewesen, daß man verlangen würde, Deutschland alle
Kriegskosten aufzubringen, und ein ausschlaggebender Staats-
mann habe nie behauptet.

Die besetzten Gebiete.

Mainz, 30. Dez. Die Bestimmungen über den Zah-
lungsverkehr vom besetzten zum unbesetzten
Deutschland sind infolge neuer französischer Be-
stimmungen gemindert worden, als Zahlungen nach dem
rechtsrheinischen Deutschland erfolgen dürfen, wenn es sich
um die Bezahlung von Rohstoffen und Waren handelt, die
vom rechtsrheinischen Gebiet bezogen sind. Bezahlung ist
bei solchen Zahlungen, daß sie nicht in Metall- oder Pa-
piergeld erfolgen.

Diez, 29. Dez. Pichon sagte in Erwiderung
auf eine Anfrage in der Kammer, der Generalstab erlaube die
Benutzung der Rheinhäfen zur Versorgung
der besetzten Gebiete und der Armee. In der Schlo-
frage, die jetzt geregelt werde, sei eine Kommission ernannt
worden. Die Scheldemündung und der Hafen von Antwerpen
würden zum Abtransport der Gefangenen benutzt.

Wiesbaden, 27. Dez. Zu Ehren des hier eingetrof-
fenen Marschalls Petain fand am dem Rathausplatz eine
Truppenparade der französischen Besatzung statt. Das 8. fran-
zösische Inf.-Reg. und Kavallerie hatte auf dem Platz Auf-
stellung genommen. Um 10 Uhr erschien der kommandierende
General Decourte mit seinem Stabe, worauf unter den Klän-
gen der Marschälle der Marschall die Befehlsgebung vornahm.

Die Lage im Osten.

Schweiz, Grenze, 30. Dez. Der Pariser Bericht-
erstatter der Vajser Nachrichten kommt nun doch zu dem
Schluß, daß in den dortigen Regierungskreisen die Politik
der Nichtbeteiligung in Russland obliegt habe. Trotz der
Darlegungen Pichons in der Freitagsitzung der Kammer

sei das dringende Gefühl des Fürsten Dmowski um mili-
tärliche Hilfe großen Stills abgelehnt wor-
den. Frankreich wünsche nicht, sich allein in diese sehr
große Affäre zu stürzen; außerdem glaube man augen-
blicklich immer noch, das Bolschewikentum ohne
militärisches Einschreiten Herr zu werden.
Hätte man sich aber getäuscht, würde man doch zum
Einschreiten genötigt sein. Es scheint danach, daß vor-
läufig das Programm der halben Maßnahmen beschlossen
worden sei, und daß die Ereignisse gegen Ende des Winters
zur Verrückung der gegenwärtigen Entschlüsse zwingen könn-
ten.

Genf, 17. Dez. Der Temps fordert ein tatkräftiges
Eingreifen des Verbandes zur Rettung Polens, Litauens
und des Baltikums vor den Bolschewiken.

Die Polen mobilisieren.

Brünn, 26. Dez. Die polnische Witterung mitteilen,
mobilisieren die Polen in den bisher öster-
reichischen Landesteilen die Jahrgänge 1894-95.
Die Mannschaften werden an die deutsche Grenze dirigiert.

Das Ständrecht über Polen.

Diez, 29. Dez. Folgende von den deut-
schen und polnischen Behörden unterzeichnete Be-
kannmachung ist hier angeschlagen worden. Ueber
Polen ist bis auf weiteres das Ständrecht
verhängt. Zivilpersonen dürfen nach 5 Uhr abends die
Wohnung nicht verlassen, mit Ausnahme von Mitgliedern
des Volksgenossenschafts, Sanitätspersonal und Polizei-
organen. Das Versammlungsrecht ist bis auf weiteres auf-
gehoben. Alle bisher ausgeschickten Passierscheine sind un-
gültig. Alle Offiziere sind sofort zu entwaffnen und legen
die Waffengezeichen ab. Alle Mannschaften, sofern sie nicht
zum Wach- und Sicherheitsdienst gehören, erscheinen un-
bewaffnet in der Stadt. Die Offiziere, sofern sie nicht un-
bedingt in der Garnison benötigt werden, verlassen sofort die
Stadt. Die Offiziere, die zum Zwecke der Durchführung
der Dienstleistungen in der Stadt verbleiben müssen, haben
sich sofort mit neuen Ausweisen zu versehen. Zuwider-
handelnde werden vor das Standgericht gestellt und nach
dem Kriegsrecht bestraft. Umzüge und Menschen-
ansammlungen sowie Theater- und Kinovorstellungen
sind vorläufig untersagt. — In einem neuen, von dem
Stadtkommandanten Macajzel unterzeichneten Befehl wird
erklärt, daß die öffentlichen Gebäude bis auf weiteres
von dem polnischen Wach- und Sicherheitsdienst besetzt
bleiben. In der Stadt herrscht wieder Ruhe. Die
Straßenbahn verkehrt wieder. Die Bäume gehen regelmäßig
ab. Der Postverkehr, der zunächst unterbrochen war, soll
wieder ungestört weitergehen. Dagegen ist der Telegramm-
und Fernsprechkverkehr noch vollständig eingestellt.

Somit totaler Anzeigerwerb aus Kolberg sind das Militär-
regiment Nr. 2 und das Infanterieregiment Nr. 54 nach
Gnesen zur Unterdrückung von polnischen Unruhen abgegangen.

Köln, 30. Dez. Wie der Berliner Volkszeitung er-
fährt, ist auch Gnesen in die Hände der russischen
Polen gefallen. Das in der Stadt liegende
12. Dragonerregiment und das 49. Infanterieregiment wur-
den überrumpelt und ergaben sich.

Diez, 30. Dez. Ueber die Zustände in Polen
berichtet ein heute aus Gnesen zurückgekehrter Augenzeuge
in der Diezener Zeitung u. a.: Bei Ausbruch des Kampfes
am Freitag wurde sofort Alarm geblasen. Die polnische
Bewaffnung wurde bewaffnet und ist bisher unter
Waffen geblieben. Halbwüchsige Burken sind mit Ge-
wehren u. Handgranaten ausgerüstet. Jeder deutsche Soldat,
der sich auf der Straße zeigte, wurde sofort ent-
waffnet. Deutsch sprechende Soldaten und Offiziere wur-
den wegen Waffentragens handrechtlich erschossen. Die
Kameraden wurden am Samstag von den Polen befreit. Die Ge-
bäude mit Maschinengewehren ausgerüstet. Telefon-,
Telegraph und Telephon sind in den Händen der Polen.
Der Bahnhof ist von Hunderten bewaffneter Polen teils
in Uniform, teils in Zivil, besetzt. Die Reisenden werden
der strengsten Untersuchung unterzogen. Deutsch sprechende
Personen werden auf der Straße angehalten und unter-
sucht. In den Wohnungen und Läden von Deutschen wurde
nach Waffen geforscht. Soweit deutsche Beamte noch in
Tätigkeit sind, wird jeder durch einen Polen mit geladenem
Gewehr bewacht. Es wird besonders streng darauf geachtet,
daß womöglich keinerlei Nachrichten über die Zustände nach
Berlin dringen. Die Lebensmitteltransporte nach
Berlin sind beschlagnahmt. Zwischen Gnesen
und Warschau werden angeblich Verhandlungen gepflogen.
Man nimmt an, daß von deutscher Seite Truppen nach
Polen entsandt werden, und plant deshalb die Entsendung
polnischer Legionäre nach Polen. Wie wir aus Gnesen
erfahren, sind am Samstag, dem 28. im Laufe des Vor-
mittags mehrfach neue Zusammenstöße erfolgt. Die
militärische Gewalt ist der Bürgerwehr übertragen. Die Zahl
der Todesopfer beträgt, wie das Preßbüro des Sol-
datenrats mitteilt, bis jetzt etwa 30.

Der Ausstand in Oberschlesien.

Wien, 29. Dez. Während auf einzelnen Gruben, so auf der Hedwig-Bunzlau, Ludwigsglück, Brandenburg und zum größten Teil auf der Castellengrube der Ausstand als erloschen betrachtet werden kann, ruht die Arbeit noch vollständig auf den Betrieben des Antonien-Hütten-Bezirks. Auch auf der Hohenzollern-, Breiten- und Dubenitz-Grube wird noch nicht gearbeitet. Neu hinzugekommen sind ferner die Cleophas-Grube und der Gräfin-Johanna-Schacht. In Lepine kam es zu argen Ausschreitungen, wobei die Bergbeamten mißhandelt wurden. Das Militär schritt ein und gab eine Salve ab, wodurch eine Person getötet und mehrere andere verletzt wurden. Desgleichen kam es auf der Rathiberggrube zu Ausschreitungen. Nur schnelle Hilfe von der Regierung kann hier unermesslichen Schaden verhüten. Auf der Heintz-Grube erschien im Samstag eine Bergarbeiterabordnung, die verschiedene Forderungen stellte, u. a. auch die bekannte von der Auszahlung von 800 bzw. 750 Mark an jeden Arbeiter. Die Gruben erklären, diese Forderungen nicht bewilligen zu können. Ihre Bewilligung würde eine Mehrausgabe von 160 Millionen Mark bedeuten.

Die Tschecho-Slowaken.

Prag, 29. Dez. Das tschecho-slowakische Pressbüro meldet aus Stillein: Das Zipser Komitat ist bis auf einen kleinen Streifen im Norden von den Tschecho-Slowaken befreit. In dem Sitz des Zipser Bischofs Vinz ist ein slowakischer Nationalrat gegründet worden, welcher den Anschluß des Komitats an die tschecho-slowakische Republik proklamierte. Die Magyaren haben Sperjes geräumt und das Infanterieregiment 67, dessen Mannschaft rein slowakisch ist, nach Nagykalló übergeführt. Die Uebernahme von Preßburg ist Gegenstand von Verhandlungen. Die Stadt wird den tschecho-slowakischen Truppen und den tschecho-slowakischen Verwaltungsbefehlshabern ohne Widerstand mit allen Vorräten übergeben werden. Dem tschecho-slowakischen Pressbüro zufolge ist Cecil Getin zum englischen Gesandten in Prag ernannt worden.

29. Dez. Das tschecho-slowakische Pressbüro meldet: Das Oberkommando in der Slowakei berichtet: Die am 28. Dezember begonnene Unternehmung zur Befreiung von Nagykalló schreitet glänzend fort. Nach kurzem Kampfe haben wir Nagykalló erobert. 100 Magyaren, darunter 12 Offiziere, wurden gefangen genommen, 14 Kanonen, 12 Maschinengewehre und anderes Material wurden erbeutet. Aus dem weiteren Vortruche haben wir Sperjes befreit. Die ganze Unternehmung wird vom Schützenregiment 30 und dem Infanterieregiment 21 mit Unterstützung eines Panzerwagens durchgeführt.

Die Bolschewiki vor dem Sturze.

Paris, 29. Dez. Havas meldet aus Moskau: Aus Moskau wird die Einnahme von Perm gemeldet. Bei diesem glänzenden Erfolge machten die russischen Truppen 18.000 Gefangene, erbeuteten 60 Kanonen eine große Menge Gewehre, Maschinengewehre und Munition und vier Waggons.

Ein Donau-Staatenbund.

Wien, 29. Dez. Laut Parlamentskorrespondenz unterhandelt Österreich im Geheimen mit der Entente mit der ungarischen und serbischen Regierung. Es handelt sich um die Bildung eines Donau-Staatenbundes unter östlicher Vorherrschaft, dem Deutsch-Oesterreich infolge seiner wirtschaftlichen Lage sich anzuschließen gezwungen sein würde.

Belgien.

29. Dez. Rotterdam, 27. Dez. Dem Nieuwe Rotterdamsche Courant zufolge hat der belgische Minister für Vorräte, Reuters besohlen, gegen die Ankäufer von Lebensmitteln, die in großem Umfange in das besetzte Deutschland Waren auszuführen beginnen, strengstens vorzugehen.

Amsterdam, 28. Dez. Nach einem Telegramm der Agentur Havas Reuters in Brüssel legte der Justizminister im Senate in Beantwortung einer Anfrage, daß das gesamte Eigentum feindlicher Untertanen beschlagnahmt werden würde. Dazu müßte man aber erst wissen, wer mit feindlichen Untertanen zu betrachten sei. Dies sei eine sehr heikle Frage, alle Deutschen, die in Belgien blieben, seien jetzt interniert.

Frankreich.

Amsterdam, 28. Dez. Wie die Blätter aus Paris melden, hat Präsident Poincaré einem Vertreter des Daily Chronicle erklärt, daß er eine erfolgreiche Beendigung der Friedensverhandlungen erwarte. Unsere beiden Völker sind sich über die Hauptpunkte der 14 Punkte einig.

Wie der Berliner Tageblatt aus Genf erzählt, hat nach einer Haasermeldung die französische Regierung die Demobilisierung der gesamten territorialen Armee beschlossen, die zum 5. Februar beendet sein soll.

Paris, 29. Dez. Reutersmeldung. Die Deutschen beginnen, die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages bezüglich des rollenden Materials in befriedigender Weise durchzuführen. In einem einzigen Tage haben sie den französischen Behörden 3500 Waggons und 300 Lokomotiven übergeben. Andere Lieferungen werden unverzüglich folgen.

Bern, 29. Dez. Nach Blättermeldungen nahm die Confédération Generale du Travail durch ihren geschäftsführenden Ausschuss die von den elsass-lothringischen Vertretern der elsass-lothringischen Gewerkschaften verlangte Angliederung an die Confédération Generale du Travail an und setzte eine Gewerkschaftstagung auf den 1. Januar in Straßburg fest. Von einer Kundgebung zugunsten eines Wilsonfriedens wurde vorläufig abgesehen. Zur Regelung der Demobilisierung und Erwirkung einer Amnestie für alle politischen und sozialen Vergehen, vor allem für Streikvergehen, wird eine Abordnung zum Ministerpräsidenten Clemenceau entsandt werden. Schließlich sprach sich der Ausschuss in seiner Tagesordnung ausdrücklich gegen jedes Eingreifen in Rußland und in Deutschland aus und verurteilte scharf jede Fortsetzung des Krieges. Die allgemeinen Bedingungen des Friedens könnten nur auf Grund des Selbstbestimmungsrechts und des freien Willens der Völker festgesetzt werden.

Entscheidung des Sozialistenführers Cachin.

Paris, 29. Dez. Havas. Im Laufe der Diskussion über die Vorlage in der Kammer forderte der Sozialistenführer Cachin die Regierung auf, ihre Ideen über den Frieden klar darzulegen. Er verlangte Auskunft darüber, ob die Verhandlungen in Versailles in voller Öffentlichkeit vor sich gehen würden. Der Redner wandte sich gegen die Geheimverträge. Briand unterbrach ihn und führte aus, daß er die Ansicht Cachins über die Geheimverträge nicht teile. Er jagte: Bevor man mit den eigentlichen Verhandlungen beginnt, tritt man in Besprechungen von Regierung zu Regierung ein. Es wäre unmöglich, daß diese Besprechungen öffentlich seien. In Bezug auf den Friedensvertrag erklärte Briand, das Abkommen zwischen den Alliierten über alle ins Auge gefaßten Probleme nehme erst dann den Charakter von Verträgen an, wenn sie von der Friedenskonferenz und dem Parlament ratifiziert seien. Briand wies darauf hin, daß die Kommission für auswärtige Angelegenheiten fortwährend auf dem laufenden gehalten werde. Cachin, der auf die territorialen Probleme zu sprechen kam, betonte, er habe der spontanen Volksstimmung in Elsass-Lothringen mit innerer Nahrung beigegeben, hoffe jedoch, daß die Regelung der Fragen in Saarbrücken und auf dem linken Rheinufer unter Beobachtung des Grundgesetzes vorgenommen werde, daß kein Volk gegen seinen Willen annektiert werden dürfe. Cachin drückte seine Freude darüber aus, daß die Regierung auf die Expedition in Rußland verzichtet habe. Bischof unterbrach ihn mit der Erklärung: Ich habe niemals gesagt, daß wir auf die Expedition verzichtet haben: Ich habe nur gesagt, daß die Regierung niemals an eine Expedition unter Bedingungen gedacht hat, von denen in der Presse die Rede war. Cachin forderte nun, daß alle französischen Truppen aus Rußland zurückgezogen werden und schloß: Wir verlangen, daß Sie auf der Friedenskonferenz nur die ewigen Rechte Frankreichs wahrnehmen und auf Gewalt verzichten, die unsere Feinde lobt. Der Sozialist Alexandre Blanc stellte dem Minister des Äußeren ebenfalls einige Fragen über die Politik der Alliierten in Rußland. Er protestierte gegen jede bewaffnete Intervention in Rußland und verlangte, daß die Rechte des russischen Volkes geschützt würden. Mehrere Redner forderten von der Regierung, die Versorgung der Bevölkerung der befreiten Gebiete zu beschleunigen. Clemenceau teilte mit, die Regierung werde auf verschiedene Anfragen antworten. Die Sitzung wurde darauf aufgehoben.

England.

Ein Sieg Lloyd Georges. Wie das Reutersche Büro aus London meldet, wird das Wahlergebnis von den Sonntagblättern dahin zusammengefaßt, daß es ein großer persönlicher Sieg Lloyd Georges sei. Das Land habe den Krieg gewonnen und wünsche nun auch den Frieden zu gewinnen, indem es nicht nur dem Feind strenge Gerechtigkeit auferlege, sondern auch auf der Durchführung einer weitverbreiteten Sozialreform bestuhe. Die regierenden Klassen würden jetzt auf die Probe gestellt.

London, 28. Dez. Reuters. Lloyd George gab in Downingstreet heute abend ein Bankett zu Ehren Wilsons. Als Gäste waren die Mitglieder des Kriegskabinetts, die Vertreter Indiens und der Dominions sowie Grey, Bessie und Selig zugegen.

London, 28. Dez. Reuters. Heute empfing Wilson in der amerikanischen Botschaft eine Abordnung der Völkerbundliga. Bei dieser Abordnung befanden sich Lord Grey, Hiquith, Lord Bryce und der Erzbischof von Canterbury. Bei der Vorstellung der Abordnung sagte Grey: England und Amerika seien sich darüber einig, daß der Völkerbund eine der wichtigsten Angelegenheiten sei und daß es ein Unglück sein würde, wenn die Friedenskonferenz auseinanderginge, ohne ihn errichtet zu haben. Hieran verlas der Erzbischof von Canterbury eine Adresse, Präsident Wilson erklärte in seiner Antwort: Es ist für mich ein Gegenstand der Freude und des Ansporns, zu finden, daß das Interesse für den Völkerbund zunimmt und nicht nur das Interesse, sondern auch die Entschlossenheit, die, wie ich sicher bin, einen Sieg davontragen wird. Es ist höchst erfreulich, daß die Mitglieder dieser Regierung, die diese Nation wegen moralischer Verpflichtungen, die sich auf einen Vertrag gründeten, in den Krieg führte, unter denen sind, die mir dieses Dokument überbracht haben, denn wir auf der anderen Seite des Wassers haben diese Motive sehr bewundert und den Grundgedanken, die die Regierung Großbritanniens bewegten, beigegeben. Sie haben, indem Sie dieser moralischen Mahnung folgten, gezeigt, was wir organisieren müssen, nämlich diese Macht und diesen Sinn für Verpflichtungen, und wenn wir sie nicht organisieren, wird das, was wir jetzt aufrichten, nicht von Dauer sein. Hiquith sagte in seiner Erwiderung, der Präsident sei sehr für das ein, wofür sich die besten Geister in England einsetzten. Der Völkerbund sei der einzige Ausweg, um weitere Kriege zu vermeiden. Später überreichte eine Abordnung, die 5 Millionen Arbeiter Großbritanniens vertrat, dem Präsidenten eine Adresse in der besagt wird, daß die Arbeiterpartei immer die Politik des Präsidenten unterstützt habe und dies auch in Zukunft gegen jede Opposition tun werde. Der Präsident dankte der Abordnung und sagte: Wir verstehen einander.

Die Wahlen in England.

Amsterdam, 29. Dez. Nach einer Reutersmeldung aus London werden die Wahlen durch die vollständige Niederlage aller Parlamentsmitglieder, die während des Krieges pazifistische Reigungen an den Tag legten, charakterisiert. Die liberalen Exminister wurden mit großer Mehrheit geschlagen. Lord Robert Cecil wurde wiedergewählt. Die Koalition gewann 496 Sitze oder eine Mehrheit von 238. Nach den letzten Angaben war die Lage folgende: Koalition:

Unionisten 334, Liberale 127, Arbeiter 10; Koalitionsgegner: Anhänger Hiquith 37, unabhängige Unionisten 48, andere 5, Arbeiterpartei 65, Frauen 1, Nationalisten 7, Einflußreicher Debalera hat den Nationalisten Dillon geschlagen. — Nach einer Meldung des Allgemeinen Handelsblad aus London ist bemerkenswert, daß so wenig Arbeiterparteilern gewählt wurden. Es geht daraus hervor, daß sie einen großen Irrtum begingen, als sie ihre Mitglieder aus der Regierung zogen. Außerdem läßt sich daraus schließen, daß die Arbeiter zum Teil anders stimmten, als ihre Führer münzten. Als im Nationalliberalen Club die Wiederaufnahme Georges bekannt wurde, erhob sich Beifall.

Amerika.

Rotterdam, 28. Dez. Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet die Morningpost aus Washington: Es gibt keinen Senator, der es wagen würde, sich dem Verlangen der öffentlichen Meinung nach Frieden in den Weg zu stellen. Das Land wünsche den Frieden, seine Fortsetzung des Krieges sei ein Hindernis für normalen Verhältnissen. Jeder von Wilson ausgehende und von den Alliierten Mächten angenommene Vertrag müsse vom Senat angenommen werden, weil er keine andere Wahl habe.

Deutschland.

Die Abgeordneten des 53er Ausschusses in Kiel. Bekanntlich hat der 53er Ausschuss drei Delegierte nach Kiel geschickt, um hier in seinem Sinne zu wirken. Ihre Hauptaufgabe war es, die Beschlüsse der Kieler Matrosen, die sich hinter die Regierung gestellt und voller Empörung das Vorgehen der Marinedivision in Berlin verurteilt hatten, rückgängig zu machen. Es fanden mehrere Versammlungen statt, die aber mit einem gänzlichen Mißerfolg für die Abgeordneten des 53er Ausschusses endeten. Bei der Marinedivision referierte Kirchhöfer. Er schloß die Berliner Vorgänge und wollte eine Resolution durchbringen, in der erklärt werden sollte, daß sich die Matrosen mit der Volksmarinedivision in Berlin solidarisch erklärten. Diese Resolution gelangte jedoch nicht zur Annahme. Ebenso verließ die Aktion in Kiel im Saale, wo der Redner ausgepfiffen wurde. Die Friedrichs-ortler lehnten eine Erklärung im Sinne des 53er Ausschusses dankend ab.

Bauernräte gegen Arbeiterräte. In Konstantin Gatten die Bezirksarbeiterräte erklärt: „Die Bauernräte können nur da als gleichberechtigt angesehen werden, wo sie sich auf den Boden der sozialen Demokratie stellen.“ Die in Nadelstall versammelten Bauernräte haben darauf geantwortet: „Wir verlangen volle Gleichberechtigung und lehnen es auf das Entschiedenste ab, mit der Sozialdemokratie als politische Partei gemeinsame Sache zu machen. Wir verlangen von den staatlichen und kommunalen Behörden, daß sie sich gegen jede Kontrolle der sozialdemokratischen Volksräte entschieden verwahren.“

Unzufriedenheit mit der Schulreform. In zahlreichen Schulen zerissen die Kinder ihre deutschen Schulbücher und forderten polnischen Unterricht. Militärische Sicherheitsmannschaften mußten helfen, um Ruhe zu schaffen. Die Vergewaltigung in der Einführung der polnischen Sprache im Religionsunterricht ist darauf zurückzuführen, daß es vorläufig an polnischen Lehrkräften fehlt, die erst nach und nach herangezogen werden können, jedoch inzwischen pensionierte Lehrer usw. verwendet werden müssen.

Unsere Wirtschaftsinteressen und die Friedenskonferenz. Die Handelskammern zu Essen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Münster i. W., Danneberg, Wesel, Almena, Arnberg, Hagen, Herford, Lünen, Bielefeld und Siegen haben folgendes Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten geschickt: Für die Führung der Friedensverhandlungen mit ihrer geradezu unübersehbaren Fülle wirtschaftlicher Einzelheiten hat der Verband bereits umfassende Vorbereitungen getroffen und sich die Mitarbeit von Hunderten der hervorragendsten Sachkennner aus dem wirtschaftlichen Leben gesichert. Von ähnlichen Vorbereitungen der deutschen Reichsregierung ist noch nichts bekanntgeworden. Dabei hängt das Wohl und Wehe unserer Bevölkerung in unvorstellbar hohem Maße von der Entscheidung der Friedensfragen zur Berührung. Wir bitten dringend, ungeachtet der nötigen Schritte zu unternehmen, um Gewähr dafür zu schaffen, daß nichts veräußert wird, was sich durch die Mitarbeit der wirtschaftlichen Sachkennner an Vermeidung von Gefahren und an Schaffung von Erleichterungen für unser wirtschaftliches Leben erreichen lassen kann.

Kasern als Sammellager für Kriegsgefangene. Nachdem die Gefangenenlager in Kasern als Sammellager für die aus Deutschland kommenden Kriegsgefangenen bestimmt wurden, ist von der Errichtung eines Sammelagers in Mannheim abgesehen worden. Infolgedessen wurde der Befehl zum Einmarsch französischer Truppen in Mannheim in letzter Stunde zurückgezogen.

Gegen Spartakus

Der Sozialanzeiger meldet aus Hamburg: Nachdem in der Nacht zum Sonntag Anhänger der Spartakusgruppe die Redaktion der Hamburger Echo besetzt hatten, verfiel der N.S.D. eine Demonstration, die bereits um ein Uhr auf dem Heiligen Geist-Platz vor sich ging. Beidezüge begaben sich vor das Rathaus. Vom Balkon des Rathauses wurden Reden gehalten. Ein Anhänger der Spartakusgruppe kam nicht zu Wort, er wurde niedergedrückt. Die Ansprachen der anderen Redner wurden mit lautem Bravo begrüßt.

Bayern.

München, 28. Dez. Heute sollte die erste Vorstandssitzung der neugebildeten Münchener Bürgerwehr stattfinden. Kurz vor Eröffnung der Sitzung drangen 20 Soldaten mit roten Armbindern in den Sitzungssaal und erklärten die Anwesenden für verhaftet. Sie wurden in mehreren Automobilen fortgebracht. Die in den Räumen befindlichen Schriftstücke wurden von den Soldaten beschlagnahmt.

